



LAG Freie Wohlfahrtspflege, Grupenstr. 4, 30159 Hannover, Fon: 0160 99 50 41 61

Netz: www.landesarmutskonferenz-niedersachsen.de Mail: gleitzek@gmx.de

Pressemitteilung

Landesarmutskonferenz lädt Jens Spahn ein, sich ein Bild von Armut zu machen!

12.03.2018 Hannover – Der zukünftige Bundes-Gesundheitsminister Jens Spahn (CDU) behauptet in einem Interview: "Hartz IV bedeutet nicht Armut". Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen hat ihn daraufhin eingeladen, sich vor Ort bei Betroffenen und ihren Initiativen von den Fakten zu überzeugen.

Klaus-Dieter Gleitze, Geschäftsführer der LAK, betont:

„Die Aussage von Jens Spahn ist faktisch falsch. Die Armutsgefährdungsschwelle lag 2016 in Niedersachsen für einen Einpersonenhaushalt bei 953 Euro, das entspricht 60 % des mittleren monatlichen Einkommens. Die Hartz IV Leistungen setzen sich aus dem Regelsatz von 416 Euro für Alleinstehende plus Kosten der Unterkunft in Höhe von ca. 390 Euro zusammen, je nach Region. Dass da eine Lücke von cirka 150 Euro zur Armutsgrenze ist, lässt sich mittels Grundrechenarten nachvollziehen.

Darüber hinaus sind Äußerungen von Spahn wie „Niemand müsste in Deutschland hungern, wenn es die Tafeln nicht gäbe" und dass mit Hartz IV jeder habe, was er zum Leben braucht, weit entfernt von der aktuellen Realität.

*Wir freuen uns darauf, wenn Jens Spahn vor dem Amtsantritt ein Armutspraktikum in Niedersachsen antritt. Möglichkeiten gibt es genug: Gespräche mit Lehrer*innen darüber, wie viele Kinder in ihren Grund- und Hauptschulen morgens ohne Frühstück zum Unterricht kommen, Gespräche mit Besucher*innen von Tafeln, wie es sich anfühlt, wenn nach der Neuanschaffung eines kaputtgegangenen Kühlschranks monatelang ab dem 25. kein Geld für Essen mehr da ist. Jens Spahn ist ein Beispiel dafür, das Ignoranz und Inkompetenz nicht vor Karriere schützen. Mit seinen Äußerungen trägt er zur Spaltung der Gesellschaft bei."*

Die LAK fordert die politischen Akteure zu einer nachhaltigen Armutsbekämpfung auf:

- Die LAK fordert eine eigenständige Kindergrundsicherung und Lernmittelfreiheit
- Die LAK fordert einen massiven Ausbau des sozialen Wohnungsbaus und eine zielgruppenorientierte Wohnungsversorgung.
- Erwerbslose haben mit 55 % das höchste Armutsrisiko, In Niedersachsen sind rund 90.000 Menschen langzeitarbeitslos. Wir fordern einen nachhaltig finanzierten sozialen Arbeitsmarkt zu fairen Bedingungen für Langzeitarbeitslose.
- Fast 25 % aller Beschäftigten arbeiten im Niedriglohnsektor. Armut trotz Arbeit und spätere Niedrigrenten sind ein wachsendes Problem. Die LAK tritt für eine deutliche Anhebung von Niedriglöhnen ein. Hierfür brauchen wir insbesondere mehr allgemeinverbindliche Tarifverträge.

Grundsätzlich fordert die LAK darüber hinaus unter anderem eine gerechtere Steuerpolitik, die Millionäreinkommen, Unternehmensgewinne sowie große Erbschaften und Vermögen stärker an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt und eine andere Beteiligungskultur: Betroffene müssen mehr am Prozess der Armutsbekämpfung zu beteiligt werden.

Wenn politische Akteure nur über Betroffene reden und nicht mit ihnen, wachsen Frustration und Unsicherheit. Das ist der ideale Nährboden für Rechtspopulisten.

Die Armutsgefährdungsquote lag im Jahr 2016 in Niedersachsen bei 16,0 Prozent. Wie das Landesamt für Statistik Niedersachsen (LSN) mitteilte, galten danach circa 1,25 Millionen Menschen in Niedersachsen als armutsgefährdet. Das ist fast jeder sechste Niedersachse.

Die Landesarmutskonferenz LAK Niedersachsen wurde 1995 gegründet. Sie ist ein Zusammenschluss von Verbänden, Gewerkschaften und Initiativen. Details und aktuelle Mitglieder siehe anbei.

Mit der Bitte um Berichterstattung und freundlichen Grüßen

Klaus-Dieter Gleitze
LAK Niedersachsen – Geschäftsführer
Kontakt: 0160 99 50 41 61